

***Sicher leben in der Stadt –
der zentrale Beitrag der kommunalen Mandatsträger***

Martin Schairer

Aus: Erich Marks & Wiebke Steffen (Hrsg.):
Sicher leben in Stadt und Land
Ausgewählte Beiträge des 17. Deutschen Präventionstages
16. und 17. April 2012 in München
Forum Verlag Godesberg GmbH 2013, Seite 297-302

978-3-942865-15-9 (Printausgabe)
978-3-942865-16-6 (eBook)

Martin Schairer

Sicher leben in der Stadt – der zentrale Beitrag der kommunalen Mandatsträger¹

1. Entwicklung kommunaler Verantwortung

Bevor man sich mit dem heutigen Beitrag kommunaler Mandatsträger befasst, muss man sich die historische Entwicklung dieser Verantwortung bewusst machen.

Die Kommunale Kriminalprävention war bis zu Beginn der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts weitgehend unsystematisch verteilt zwischen der Stadtverwaltung und der Polizei.

Erst Anfang/Mitte der 90er Jahre, beeinflusst durch die Diskussion des US-amerikanischen community policing, das von der dortigen Polizei angestrengt wurde, haben auch in Deutschland die Polizeien reagiert und die Federführung übernommen.

Sie haben eine Organisation aufgebaut, die Kommunale Kriminalprävention systematisiert und die städtischen und staatlichen Stellen gemäß ihrer Zuständigkeit in das System einbaut. Ende der 90er Jahre, nicht zuletzt auch durch den Siegeszug der Kommunalen Kriminalprävention (KKP), erkannte die Polizei, dass ihre Ressourcen nicht ausreichen, die Kommunale Kriminalprävention weiter federführend zu betreiben.

Auch wurde im Zuge der wissenschaftlichen und pragmatischen Diskussion immer mehr festgestellt, dass eine ursachenorientierte Bekämpfung der Kriminalität sich an den Originärzuständigkeiten orientieren sollte.

Schließlich ist die Polizei nach dem Polizeirecht regelmäßig nur subsidiär zuständig, Ursachen zu bekämpfen und zu beseitigen. Vor allem bei der Sicherheitsvorsorge im Bereich der Jugendkriminalität wurde überdeutlich, dass qualitativ gute Ergebnisse sich nur im Verbund mit staatlichen und städtischen Stellen unter deren Federführung verwirklichen lassen.

Durch Verträge mit den Gemeindeverbänden (so in Baden-Württemberg) oder durch Eigeninitiative erfolgten nach und nach Zuständigkeitsverlagerungen, wenn auch noch lange Zeit die Polizei faktisch die Oberhand behielt.

¹ Teilbeitrag aus dem gemeinsamen Vortrag von Sigfried Löprick, Jugendhilfe Göttingen e.V., Guilherme Pinto, European Forum for Urban Security (EFUS) und Martin Schairer, Bürgermeister Landeshauptstadt Stuttgart

2. Stuttgarter Sicherheitspartnerschaft

In Stuttgart wurde bereits 1997 mit dem Amtsantritt von Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster die Stuttgarter Sicherheitspartnerschaft begründet, die eine duale Führung von Stadt und Polizei vorsieht.

Die Partnerschaft ruht bis heute auf drei Säulen, der Stadt, der Polizei und der Bürgerschaft in Gestalt von bürgerschaftlichen Organisationen, Stiftungen und Vereinen. Stabstellen bei Stadt und Polizei wurden gegründet, sowie ein Förderverein „Sicheres und Sauberes Stuttgart“ zur Spendensammlung. Von nun an war Kommunale Kriminalprävention Chefsache.

Der Oberbürgermeister war gemeinsam mit dem Polizeipräsident der Kopf der „Bewegung“, die städtischen Ämter wurden zur Mitwirkung verpflichtet, der Gemeinderat regelmäßig informiert.

Besonders erfolgreich wurde das Stuttgarter Modell der „Sicherheitspartnerschaft“, weil die Bezirksvorsteher der 23 Stadtbezirke verpflichtet wurden, Sicherheitsbeiräte zu gründen, in denen regelmäßig ortsbezogene Sicherheitsprobleme analysiert und möglichst gemeinsam im Zusammenwirken mit der örtlichen Polizei und den Bürgervereinen und -organisationen gelöst werden. Stadtverwaltung und Gemeinderat nahmen diese Verantwortung an.

Nach der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) ist Stuttgart seither eine der sichersten Großstädte der Bundesrepublik. Die Straftaten schwanken zwischen 50 000 und 70 000. Pro 100 000 Einwohner waren in den letzten Jahren stets ca. 8000 bis 9000 Straftaten zu verzeichnen.

3. Beispiele kommunaler Verantwortungsübernahme

Seit 1995 führt die Landeshauptstadt im zweijährigen Rhythmus regelmäßige Bürgerbefragungen – auch zum Thema Sicherheit - nach wissenschaftlichen Grundsätzen durch. Die subjektive Sicherheit, also das Sicherheitsgefühl, wird in Stuttgart für genauso wichtig erachtet, wie die objektive Sicherheit. So wird auch das aus Kriminalitätsfurcht praktizierte Vermeidungsverhalten der Bürgerinnen und Bürger abgefragt.

Immer mehr sollten die Sicherheitsbefragungen in Gestalt eines echten Audits weiterentwickelt werden, um Schlüsse für die Sicherheitsarbeit ziehen zu können. Bemerkenswert ist dabei, dass eher allgemeine Lebensängste und Vorurteile das Sicherheitsgefühl dominieren als echte Sicherheitsdefizite in den Stadtbezirken, eine Erkenntnis, die überall kriminologisch erkannt und diskutiert wird. Auch darauf ist durch die Stadtpolitik zu reagieren!

Mit der Einrichtung einer städtischen Stabsstelle für Kommunale Kriminalprävention, besetzt mit einem Polizeibeamten, der entweder an die Stadt abgeordnet oder

übernommen wird, wird in der Stadtverwaltung vollzugspolizeilicher Sachverstand eingespeist. Diese enge Verbindung zwischen Polizei und Stadtverwaltung hat sich sehr bewährt. Der Beamte koordiniert als Querschnittsreferent die Präventionsarbeit der städtischen Behörden, der Polizei und der Bürgervereine.

In einem jährlichen Präventionsbericht werden mit inzwischen über 100 Sicherheitspartnern die Projekte der Kommunalen Kriminalprävention für diejenigen, die Sicherheitsarbeit betreiben, als benchmark verstanden.

Seit 2010 lobt der Oberbürgermeister einen städtischen Präventionspreis aus. Damit unterstreicht die Stadt ihre kommunale Verantwortung und etabliert eine Anerkennungskultur, um die Kontinuität und Nachhaltigkeit der Präventionsarbeit zu sichern.

Da Kriminalität weit überwiegend vor Ort entsteht und die Bürger die Sicherheitsdefizite besonders sensibel in ihrem Wohnbereich wahrnehmen und erkennen, wurden in allen Stadtbezirken Sicherheitsbeiräte gegründet. Damit wird die Verantwortung für die Beseitigung von Angsträumen und für urbane Sicherheit in die Hände der örtlichen kommunalen Verantwortlichen gelegt.

Vor allem die Bezirksvorsteher, die vom Gemeinderat gewählt werden, sind damit unmittelbar für die Sicherheit in ihrem Stadtbezirk verantwortlich!

Keine Sicherheitsarbeit gelingt langfristig, wenn der Oberbürgermeister die Kriminalprävention nicht zur Chefsache macht.

In Stuttgart hat der Oberbürgermeister persönlich die Initiative ergriffen und Stabsstellen für Integration und für ein „Kinderfreundliches Stuttgart“ geschaffen. Die Fachbürgermeister/Beigeordneten sind verantwortlich für Handlungsfelder wie Städtebau und Kriminalprävention (Baubürgermeister) oder für runde Tische zur Straßenprostitution oder der Befriedung von Vergnügungsviertel (Ordnungsbürgermeister).

Der Gemeinderat in Stuttgart hat Verantwortung übernommen, indem er die Mittel des von ihm gegründeten Projektmittelfonds „Zukunft der Jugend“ nach kriminalpräventiven Kriterien verteilt.

In der Verantwortung der Bezirksvorsteher stehen Sauberkeitsaktionen, wie das bekannte und häufig belächelte „Lets putz Stuttgart“, denn die Sauberkeit ist die kleine Schwester der Sicherheit.

Auch bietet die Stabsstelle Kriminalprävention immer wieder Projekte an, die in eigener Verantwortung der Bezirksvorsteher in den Stadtbezirken durchgeführt werden (z.B. das Sicherheits-Theaterstück „Hallo Oma, ich brauch Geld“ - eine Aktion gegen Betrügereien zum Nachteil älterer Menschen).

4. Überregionales und internationales Engagement

Sicherheit hört nicht an den Stadtgrenzen auf. Die Stadt Stuttgart befindet sich im Austausch mit internationalen Sicherheitsorganisationen und ist als erste deutsche Stadt Mitglied im Europäischen Forum für Urbane Sicherheit (EFUS) geworden. EFUS mit 300 europäischen Mitgliedsstädten und mit beratendem Status bei der EU-Kommission ist die Stimme der Städte Europas in Sachen Sicherheit (www.efus.eu).

Die Stadt Stuttgart hat das Deutsch-Europäische Forum für Urbane Sicherheit (DEFUS – www.defus.org) als deutsches Städtenetzwerk gegründet. Ziel von DEFUS ist, die Stimmen der deutschen Städte zu koordinieren, in europäische Gremien einzubringen und von dort die übertragbaren Anregungen für deutsche Kommunen zu übertragen.

Bisher haben die Städte und Gemeinden im Gegensatz zur Polizei keine gemeinsame kriminalpolitische Plattform zum Austausch und zur gemeinsamen Beantragung von EU-Projekten im Bereich Sicherheit.

5. Kritik/Defizite/Nacharbeiten

Eine Herausforderung für die Kommunale Kriminalprävention ist nach wie vor die nachhaltige Überzeugungsarbeit im Gemeinderat, dass Vorsorgeprojekte im Bereich der Sicherheit sich langfristig auszahlen. Insoweit muss an der Fortbildung der Gemeinderäte, welche Bedeutung eine kontinuierliche und nachhaltige Kommunale Kriminalprävention hat, gearbeitet werden. Politische Aufregungen werden in der Regel durch Katastrophenmeldungen verursacht. Eine gute Sicherheitslage in den Städten wird häufig kaum wahrgenommen und ist schwer messbar. Aber auch bei guter Sicherheitslage sollte die Unterstützung der Gemeinderäte gewährleistet sein; um diese muss ununterbrochen geworben werden.

Ein echtes Problem ist, dass wir nach wie vor wenig über die Wirkungszusammenhänge in der Kommunalen Kriminalprävention wissen.

Welches Projekt wirkt, welches nicht?

Dies ist eine Frage, die die verantwortlichen Städte im Schulterschluss mit Polizei und Wissenschaft klären müssen. Inzwischen gibt es über das amerikanische Programm Communities That Care (CTC) neue Erkenntnisse, die zurzeit im Rahmen des Europäischen Städtenetzwerks EFUS und des deutschen Städtenetzwerks DEFUS ausgewertet werden.

Schließlich ist festzustellen, dass die Polizei aus Gründen ihrer Ressourcenknappheit sich zunehmend aus KKP-Projekten zurückzieht. Dies ist zu bedauern, da die Polizei mit ihrer Fachkompetenz und Autorität einen unverzichtbaren Bestandteil der Kommunalen Kriminalprävention darstellt. Hier bedarf es von Seiten der kommunalen

Verantwortlichen Anstrengungen, je nach Möglichkeit flexibel gemeinsam mit der Polizei auf die Herausforderungen zu reagieren. An einem Ausbau der Kommunalen Kriminalprävention auf den Schultern der kommunalen Verantwortlichen geht aber kein Weg vorbei.

6. Fazit

Für die Zukunft ist festzuhalten. Vor dem Hintergrund der bestehenden Rahmenbedingungen kann die Dynamik der Kommunalen Kriminalprävention dauerhaft nur durch die Kommunen sichergestellt werden.

Dies ist im Hinblick auf ihre Verantwortlichkeit für die Öffentliche Sicherheit auch konsequent.

Die Verantwortung für die urbane Sicherheit ist von den Kommunen erkannt worden und wird von ihnen auch angenommen.

Im Hinblick auf die Globalisierung, der offenen Grenzen in Europa und der wachsenden Bedeutung der Städte in Europa gewinnen internationale Netzwerke mehr an Gewicht.

Auch rückt die innere Sicherheit immer mehr in den Fokus der Verantwortlichen in Europa.

Deshalb ist es notwendig, dass die kommunalen Verantwortungsträger sich an dem internationalen Meinungs- und Erfahrungsaustausch beteiligen. Auf deutscher Ebene ist mit DEFUS ein Anfang gemacht, auf Europäischer Ebene sollte EFUS ausgebaut werden. Dabei wird die Herausforderung darin bestehen, strukturierter und mehr an den Bedürfnissen der verschiedenen Städte orientiert, internationale Sicherheitsarbeit zu betreiben.

Inhalt

| | |
|--|-----|
| Vorwort | 1 |
| I. Der 17. Deutsche Präventionstag im Überblick | |
| <i>Deutscher Präventionstag und Veranstaltungspartner</i> Münchener Erklärung | 5 |
| <i>Erich Marks / Karla Schmitz</i> Zusammenfassende Gesamtdarstellung des 17. Deutschen Präventionstages | 9 |
| <i>Erich Marks</i> “Sicher is’, dass nix sicher is’, drum bin i’ vorsichtshalber misstrauisch.” zur Eröffnung des 17. Deutschen Präventionstages | 35 |
| <i>Wiebke Steffen</i> Gutachten für den 17. Deutschen Präventionstag: Sicher leben in Stadt und Land | 47 |
| <i>Joachim Herrmann</i> Grußwort des Bayerischen Staatsministers des Innern | 121 |
| <i>Christian Ude</i> Grußwort des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt München | 127 |
| <i>Rainer Strobl / Christoph Schüle / Olaf Lobermeier</i> Evaluation des 17. Deutschen Präventionstages | 131 |
| II. Praxisbeispiele und Forschungsberichte | |
| <i>Axel Groenemeyer</i> Wege der Sicherheitsgesellschaft | 177 |
| <i>Norbert Seitz</i> Facetten des Bevölkerungsschutzes – nicht polizeiliche Sicherheitsinteressen von Bürgerinnen und Bürgern | 195 |
| <i>Rita Haverkamp</i> Gefühlte Sicherheiten und Sicherheitsgefährdungen – Barometer Sicherheit in Deutschland (BaSiD) | 205 |
| <i>Bernhard Frevel / Christian Miesner</i> Das Forschungsprojekt Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt - KoSiPol | 215 |

| | |
|---|-----|
| <i>Dirk Behrmann / Anke Schröder</i> Kriminalprävention in der Stadtentwicklung - ein Blick in vier Europäische Länder | 221 |
| <i>Holger Floeting</i> Sicherheit in deutschen Städten. Ergebnisse zweier Kommunalumfragen | 231 |
| <i>Sybille Oetliker / Tillmann Schulze</i> Sichere Schweizer Städte 2025 | 237 |
| <i>Joachim Häfele</i> Zum Einfluss von abweichendem Verhalten auf das subjektive (Un-) Sicherheitsgefühl und personale Kriminalitätseinstellungen. Eine Mehrebenenanalyse | 243 |
| <i>Dieter Hermann</i> Bedingungen urbaner Sicherheit - Kriminalprävention in der Postmoderne | 275 |
| <i>Wilfried Blume-Beyerle / Robert Kopp</i> S.A.M.I. – ein Gemeinschaftsprojekt aller Behörden und Institutionen in München zur Verbesserung der Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum | 291 |
| <i>Martin Schairer</i> Sicher leben in der Stadt – der zentrale Beitrag der kommunalen Mandatsträger | 297 |
| <i>Herbert Schubert</i> Die Sicherheitspartnerschaft im Städtebau und das Qualitätssiegel für sicheres Wohnen in Niedersachsen | 303 |
| <i>Frederick Groeger-Roth / Herbert Schubert</i> „Das kommt aus Amerika, das geht hier nicht...“ Erfahrungen mit „Communities That Care – CTC“ in Niedersachsen. | 329 |
| <i>Christiane Sadeler</i> Trotz alledem: die Geschichte der Kriminalprävention in Kanada am Beispiel einer Gemeinde | 345 |
| <i>Marie-Luis Wallraven-Lindl</i> Städtebauliche Kriminalprävention | 347 |
| <i>Detlev Schürmann</i> Sicherheitsaudit zur Städtebaulichen Kriminalprävention | 359 |

| | |
|--|-----|
| <i>Melanie Blinzler</i> Nachhaltigkeit und Kommunale Prävention | 373 |
| <i>Bernd Fuchs / Reiner Greulich</i> Netzwerk Rhein-Neckar / Heidelberg - Chancen genutzt und auf Dauer angelegt | 383 |
| <i>Rainer Cohrs</i> Sicher in Bus und Bahn - Präventionsarbeit bei der Münchner Verkehrsgesellschaft | 395 |
| <i>Gunnar Cronberger / Guido Jabusch</i> Schritt für Schritt – ÖPNV-Nutzung durch Menschen mit geistiger Behinderung | 399 |
| <i>Gerd Neubeck</i> Ganzheitliche Sicherheitskonzepte setzen einen Schwerpunkt auf Prävention | 405 |
| <i>Wolfgang Gores / Julia Muth</i> Zivilcourage Ja! - Aber wie? | 407 |
| <i>Christian Weicht</i> Räumliche Kriminalprävention – Jugend im öffentlichen Raum | 411 |
| <i>Thomas Kutschaty</i> Konzepte und Maßnahmen einer umfeldbezogenen Jugendkriminalprävention in Nordrhein-Westfalen | 417 |
| <i>Andreas Mayer</i> Präventionsangebote für ältere Menschen im Zeichen gesellschaftlichen Wandels | 433 |
| <i>Holger Bölkow / Celina Sonka</i> Phänomenübergreifende Prävention politisch motivierter Gewaltkriminalität | 445 |
| <i>Helmut Fünfsinn / Helmut Seitz</i> Elektronische Aufenthaltsüberwachung | 449 |
| <i>Silke Eilzer / Heinz-Peter Mair</i> Elektronische Aufenthaltsüberwachung in Europa | 457 |
| III Autoren | 465 |